

Amtsausschuss Büchen

Informationsvorlage

Bearbeiter/in:

Nadine Frömter

Beratungsreihenfolge:

Gremium

Ausschuss zur Kindertagesbetreuung

Datum

24.10.2018

Beratung:

Übersicht zur geplanten Reform der Kita-Finanzierung ab 2020

Reform der Kitafinanzierung: kurz und bündig

- 1) Warum eine Reform? 3 Gründe aus Sicht der Gemeinden
 - a) Das jetzige System ist zu kompliziert und wenig transparent.
 - b) Die Gemeinden tragen über 50 % der Kosten, das ist nicht nachhaltig tragbar.
 - c) Notwendig ist ein weiterer Ausbau der Betreuung insb. mit U3- und Ganztagsplätzen.

- 2) Was sind die Ziele der Gemeinden? 5 klare Ziele:
 - a) Der weitere Ausbau darf nicht behindert, sondern muss befördert werden; dazu gehören die Planungssicherheit für Gemeinden und eine Stärkung der Tagespflege.
 - b) Der kommunale Finanzierungsanteil muss auf ein Drittel gesenkt werden.
 - c) Alle Landeszuschüsse müssen dauerhaft dynamisiert werden.
 - d) Transparentes Verfahren mit weniger Aufwand für alle.
 - e) Behutsame Weiterentwicklung der Standards, Personalmangel berücksichtigen und entgegenwirken.

- 3) Was ist der Vorschlag der Gemeinden?
 - a) Die Gemeinden sind bereit zu einer „großen“ Reform und haben ein klares Konzept.

 - b) Es sollen keine verwaltungsaufwändigen Regelungen von Zuschüssen mehr geben, stattdessen eine faire Kostenverteilung nach dem Vorbild der Schulen.
 - Land trägt Kosten des pädagogischen Fachpersonals,
 - Kommunen tragen Sachkosten und Kosten des nicht-pädagogischen Personals

- Elternbeiträge werden wirtschaftlich dem Land zugerechnet,
- Abwicklung der Landesmittel über die Gemeinden/Ämter zu den Trägern.

c) Die Gemeinden wollen erhalten:

- Das enge Band zwischen Trägern und Standortgemeinden,
- Das enge Band zwischen Trägern und Eltern,
- Planungssicherheit für Gemeinden und Träger,
- Beschäftigte bleiben bei den Trägern,
- Steuerung des wann, wo, wie und mit wem der Kitas durch die Gemeinden.

d) Die Zuschüsse an die Träger werden nach einem landeseinheitlichen System auf Basis vereinbarter Standards bestimmt (Standardqualitätskostenmodell)

4) Probleme beim Vorschlag des Landes

a) Finanzierungsumweg über die Kreise, Eltern sollen an Kreise zahlen

- Erheblicher zusätzlicher Verwaltungs- und Personalaufwand,
- Mehr kommunale Finanzierungsquellen als vorher,
- Schlechtere Zahlungsbedingungen für die Träger,
- Mehrere hundert Mio. € fließen künftig über die Kreise. Daraus werden die Kreise eine stärkere Steuerungsrolle beanspruchen.

b) Anknüpfung an der Wohnortgemeinde unter gleichzeitigem Wegfall der bisherigen Leitplanken des interkommunalen Kostenausgleichs

- Wohnortgemeinde werden zu Zahlmeistern ohne jeden Einfluss,
- Planbarkeit von Investitionen in Kitas würde sich verschlechtern, Bedarfsplanung wird noch schwieriger,
- höherer Ausbaudruck auf zentrale Orte, d.h. dort, wo Fachkräfte und Grundstücke knapp sind.

c) Kommunale Entlastung ist völlig unklar.